

Fallstricke auf dem Weg zu einem neuem Generationenvertrag

Die Interpretation einer Studie, welche die wirtschaftliche Lage der Pensionierten und Erwerbstätigen anhand von Steuerdaten vergleicht, erhitzt die Gemüter. Ihr Tenor: Den Senioren geht's gut, das Armutsrisiko verlagert sich auf die Jüngeren. **Was ist davon zu halten? Steckt hinter der Studie vielleicht eine Strategie?**

Vier Pensionierte treffen sich. «Habt Ihr gelesen?» fragt der eine, «Die Rentner werden immer reicher!». «Am Teuerungsausgleich kann's jedenfalls nicht liegen», moniert der Zweite. Der Dritte zeigt die Überschrift in seiner Tageszeitung: «Sozialhilfe immer öfter für Ältere». «Vorsicht!» warnt der Vierte: «Hinter den Widersprüchen steckt eine Strategie». Dieser Vierte ist Arthur Scherler, Präsident des SVNW und Ausschuss-Mitglied im Schweiz. Seniorenrat SSR. Der SSR ist Beratungsorgan des Bundesrates zu Altersfragen. Er vertritt die Anliegen von 220'000 Seniorinnen und Senioren.

Im Visier: der Generationenvertrag

In der Tat verlangt Bundespräsident Couchepin seit Jahren, dass der so genannte Generationenvertrag neu definiert werden muss. Grund dafür sind die längere Lebenserwartung und die sinkende Geburtenrate. «Es braucht Entscheide, wenn wir der Jugend von heute nicht ein katastrophales Vermächtnis hinterlassen sollen» erklärte er seinerzeit in der Bundes-Broschüre «heute für morgen». Er lancierte z.B. die Diskussion um die Erhöhung des Rentenalters. Der Bundesrat reagierte auf einen parlamentarischen Vorstoss mit einer Altersstrategie zur Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen. Als weiterer Mosaikstein erschien kürzlich eine Studie, welche das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) beim Genfer Uni-Professor Philippe Wanner bestellte.

Genfer Studie in Kürze

Steuerdaten von 5 Kantonen dienten dazu, die wirtschaftliche Situation von nahezu 1,5 Millionen Personen

zwischen 25 und 99 Jahren zu untersuchen. Die Resultate zeigen, dass es nicht allen, aber einer grossen Anzahl Rentnerinnen und Rentnern wirtschaftlich gut geht. Am besten situiert ist die Gruppe der 55- bis 75-Jährigen. Andererseits sind in der Altersgruppe der 60- bis 70-Jährigen die Unterschiede zwischen den Haushalten der gut Situierten und jenen mit bescheidenen finanziellen Mitteln am grössten.

In Bezug auf die wirtschaftliche Lage von Erwerbstätigen konstatiert die Studie: Ein Fünftel der Familien mit drei und mehr Kindern, rund 40% der allein erziehenden



Frauen, ein Viertel der alleinstehenden Frauen im Erwerbsalter und junge Invalide sind einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt.

Offensive des BSV

Das BSV zog aus den Studienresultaten folgenden Schluss: «Das schweizerische Dreisäulensystem der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge erfüllt seine Aufgabe gut». Aus seiner Optik resultieren folgende Denkanstösse für die Sozialpolitik:

- Müssen die Rahmenbedingungen für junge Familien, Alleinerziehende oder Alleinstehende verändert werden, damit sie ihr Erwerbseinkommen erhöhen können?
- Soll die Generationensolidarität bei der Finanzierung der AHV mit einem Solidaritätsbeitrag der Gruppe der Rentner/innen ergänzt werden?
- Noch konkreter wurde BSV-Direktor Yves Rossier: «Der Grundmechanismus der AHV stimmt zwar, Korrekturen sind aber nötig, sei es im System selbst oder sogar ausserhalb dessen, z.B. in der Familien-, Ausbildungs- oder Fiskalpolitik.»



Foto: iStockphoto

Das BSV rät der Politik, die Chancen für Reformen jetzt zu ergreifen, weil sich die 60-Jährigen heute in einer komfortablen Lage befinden. Dank ihrem finanziellen Polster könnten sie ein höheres Rentenalter oder tiefere Renten gut verkraften. Man wisse nicht, ob diese Situation andauern werde.

Der SSR reagierte sofort und gab folgendes zu bedenken:

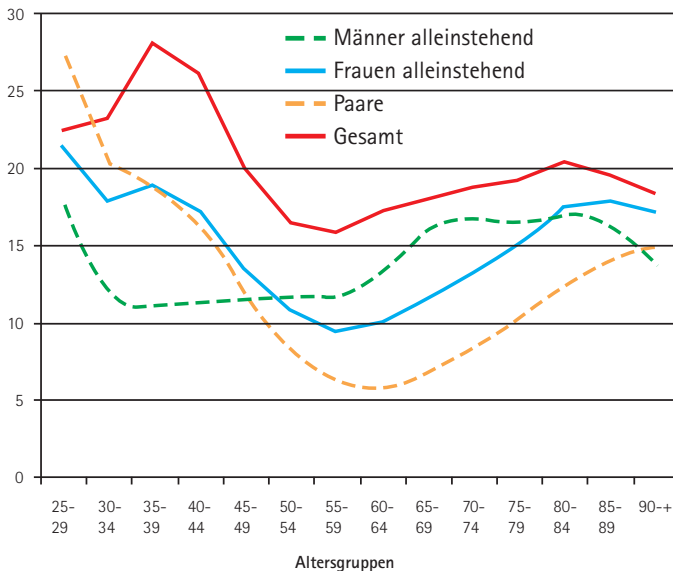
1. Die sozialen Probleme anderer Bevölkerungsgruppen sind schon seit Jahrzehnten bekannt, ohne dass sie wirksam bekämpft wurden. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb nun ausgerechnet die ältere Bevölkerung diese gesamtgesellschaftlichen Probleme lösen sollte. Es darf nicht zum Ausspielen einer Bevölkerungsgruppe gegenüber anderen Gruppen kommen.
2. Die Schlussfolgerungen blenden aus, dass die Studie auch bei älteren Menschen finanzielle Probleme identifiziert hat.
3. Weshalb sparen Rentnerinnen und Rentner? Es geht vorab um das Ziel, den Angehörigen und der Gesellschaft im Alter nicht zur Last zu fallen. Das Sparen im Hinblick auf Gesundheitsrisiken im höheren Alter wurde daher vom Mittelstand stets als volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch bedeutende Leistung empfunden. Davon ist beim BSV aber überhaupt nicht die Rede.

Aus diesen und anderen Gründen ist es für den SSR stossend, dass er nicht – wie vorgesehen – vor der Bekanntgabe der BSV-Ideen beigezogen wurde. Dafür hätte genügend Zeit bestanden. Die Seniorenvertretung möchte frühzeitig an konstruktiven Lösungen mitwirken.

Alles klar?!

Die Schlussfolgerungen des BSV werden erklärbar, wenn sie im Rahmen einer langfristigen Strategie gesehen werden. Ihr Name heisst «Neu-Definition des Generationenvertrags». Die demographische Entwicklung veranlasste

Entwicklung der Risiken geringer oder sehr geringer finanzieller Mittel nach Alter, Geschlecht und Familiensituation



Heute tragen zum durchschnittlichen Einkommen der Rentner/-innen (CHF 68'300) bei: AHV (39%), Pensionskasse (22%), Vermögenseinkünfte (26%), Berufstätigkeit im Rentenalter (9%). Dies sind Durchschnittswerte. Die Genfer Studie liefert differenzierte Resultate (vgl. Grafik).

Quelle: Beiträge zur Sozialen Sicherheit. Forschungsbericht Nr. 1/08, Bern (BSV) 2008, S. 14, www.bbl.admin.ch/bundespublikationen oder: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern

den Bundesrat seinerzeit zum Handeln. Es folgten Mosaiksteine wie Diskussionsvorschläge und wissenschaftliche Studien. Sie vermitteln den Eindruck, dass Rentner in erster Linie reich sind und mehr für die Gesellschaft tun könnten. Die Medien übernehmen die Strategie in der öffentlichen Meinungsbildung mit zügigen Überschriften. Der Fiskus ist dankbar und rechtfertigt mit der Genfer Studie verfassungswidriges Verhalten (vgl. «Genfer Studie als Argument für Steuerdiskriminierung»).

«Es ist höchste Zeit, diese Strategie zu durchschauen und sich als Senioren Respekt zu verschaffen», urteilt Arthur Scherler. Gegenwärtig befinden sich auf dem Weg zu einer zukunftsweisenden Generationenpolitik allerhand Fallstricke. Sie werden von den Senioren als verletzend empfunden. Ein nächster Prüfstein ist die AHV-Revision. Mitglied einer Rentnerorganisation zu sein, bedeutet die Gewissheit, dass man bei Fallstricken rechtzeitig die Gefahren erkennt. ■

Genfer Studie als Argument für Steuerdiskriminierung

Pensionierte Ehepaare mit früherem Doppelverdienst stehen steuerlich schlechter als verheiratete, noch erwerbstätige Doppelverdiener. Dies ist verfassungswidrig, denn Art. 8 der Bundesverfassung verbietet Altersdiskriminierungen.

Bundesrat Rudolf Merz rechtfertigte die Ungleichbehandlung zuerst mit finanziellen und arbeitsmarktpolitischen Argumenten. Auf erneutes Insistieren des SSR antwortet der Vorsteher des Finanzdepartements: «Aus aktuellem Anlass ist auf die Genfer Studie hinzuweisen... Die Umstände der Auseinandersetzung rund um den Systemscheid haben dazu geführt, dass ich in meiner steuerpolitischen Agenda nunmehr klar einer Entlastung von Familien mit Kindern Priorität einräume. Ein schwacher Trost möge Ihnen dabei sein, dass damit gegenüber Ihren Kindern und Enkeln die Weichen für günstigere Rahmenbedingungen gestellt werden.»

Text: Margrit Bossart, Generalsekretärin Schweiz. Seniorenrat